Bekanntmachung der Planfeststellung für das Vorhaben „Erneuerung Bahnübergänge km 72,080 Dorfanger und 72,880 An der Heide in Remschütz“, Bahn-km 72,080 bis 72,880 der Strecke 6305 Abzw Saaleck - Saalfeld in Saalfeld/Saale

Mit Planfeststellungsbeschluss des Eisenbahn-Bundesamtes, Außenstelle Erfurt, Juri-Gagarin-Ring 114, 99084 Erfurt (Planfeststellungsbehörde) vom 15.04.2025, Az. 631ppw/008-2021#012 ist der Plan für das vorgenannte Bauvorhaben gemäß § 18 Abs. 1 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) festgestellt worden. Vorhabenträgerin ist die DB Netz AG.

Der Planfeststellungsbeschluss ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar.

Der Planfeststellungsbeschluss mit den dazugehörigen Zeichnungen und Erläuterungen wird **ab dem 04.07.2025** für einen Zeitraum von zwei Wochen, d. h. **bis zum 18.07.2025**, im Antrags- und Beteiligungsportal des Bundes für Verkehr und Offshore-Vorhaben unter

<https://beteiligung.bund.de/DE/VorhabenFindenUndBeteiligen/Karte/vorhabenuebersicht-karte.html>

veröffentlicht. Diese Veröffentlichung ersetzt gemäß § 18b Abs. 3 Satz 1 AEG die Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses und deren ortsübliche Bekanntmachung.

Auf Verlangen eines Beteiligten wird diesem eine leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt. Das Verlangen ist bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist an die Planfeststellungsbehörde zu richten (E-Mail: Kanzlei-Sb1-erf-hal@eba.bund.de).

Der verfügende Teil des Beschlusses lautet:

Der Plan für das Vorhaben „Erneuerung Bahnübergänge km 72,080 Dorfanger und 72,880 An der Heide in Remschütz“ in der Stadt Saalfeld/Saale, Bahn-km 72,080 bis 72,880 der Strecke 6305 Abzw Saaleck - Saalfeld, wird mit den in diesem Beschluss aufgeführten Nebenbestimmungen festgestellt.

Gegenstand des Vorhabens ist im Wesentlichen:

- Erneuerung des BÜ km 72,080 Am Dorfanger in Remschütz, einschließlich
 - Rückbau der vorhandenen Bahnübergangsanlagen;
 - Neubau des BÜ mit straßenseitiger Verbreiterung und Gradientenanpassung;
 - Neubau der Schranken, Signale und des Schalthauses;
 - Erneuerung des vorgeschalteten Lichtzeichens im III. Quadranten;

- Austausch der Schwellen im Bereich 15 m vor bis 15 m nach dem BÜ.
- Erneuerung des BÜ km 72,880 An der Heide in Remschütz einschließlich
 - Rückbau der vorhandenen Bahnübergangsanlagen;
 - Neubau des BÜ mit straßenseitiger Verbreiterung und Gradientenanpassung;
 - Neubau der Schranken und Signale;
 - Austausch der Schwellen im Bereich 15 m vor bis 15 m nach dem BÜ.

Die technischen Einzelheiten sind den Planunterlagen zu entnehmen.

Die Einwendungen der Betroffenen und der sonstigen Einwender sowie die von Behörden und Stellen geäußerten Forderungen, Hinweise und Anträge werden zurückgewiesen, soweit ihnen nicht entsprochen wurde oder sie sich nicht auf andere Weise erledigt haben.

Mit dem Vorhaben sind folgende Auswirkungen verbunden:

- baubedingte Lärmimmission,
- landschaftspflegerische Maßnahmen,
- vorübergehende Grundstücksinanspruchnahmen,
- landschaftspflegerische Maßnahmen.

Der Planfeststellungsbeschluss enthält Nebenbestimmungen zum Schutz der Umwelt, der Allgemeinheit und zur Vermeidung nachteiliger Wirkungen auf Rechte anderer. Die Nebenbestimmungen betreffen den Gewässerschutz, den Naturschutz, den Immissionsschutz, das Abfallrecht, öffentliche Ver- und Entsorgungsanlagen, Straßen mit Wegen und Zufahrten und Inanspruchnahme von Grundeigentum und sonstigen Rechten Dritter.

Die Rechtsbehelfsbelehrung lautet:

Gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim

Thüringer Oberverwaltungsgericht
Jenaer Straße 2a
99425 Weimar

erhoben werden.

Der Kläger hat innerhalb einer Frist von zehn Wochen ab Klageerhebung die zur Begründung seiner Klage dienenden Tatsachen und Beweismittel anzugeben.

Die Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss hat keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen die vorstehende Plangenehmigung nach § 80 Abs. 5 Satz 1 der VwGO kann innerhalb eines Monats nach Zustellung der Entscheidung über die Anordnung der sofortigen Vollziehung beim

Thüringer Oberverwaltungsgericht
Jenaer Straße 2a
99425 Weimar

gestellt und begründet werden.

Treten später Tatsachen ein, die die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, so kann der durch den Planfeststellungsbeschluss Beschwerde einen hierauf gestützten Antrag nach § 80 Abs. 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung innerhalb einer Frist von einem Monat stellen und begründen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem der Beschwerde von den Tatsachen Kenntnis erlangt.

Der Planfeststellungsbeschluss gilt mit dem Ende der Veröffentlichungsfrist allen Betroffenen gegenüber als zugestellt.

Eisenbahn-Bundesamt
Außenstelle Erfurt
Erfurt, 23.06.2025